Perspektive

Entwicklung Werte Professionalität

Innovation Verantwortung Nachhaltigkeit

Mit Ihnen für Andere

Netzwerk für soziale Kompetenz

horizont

gemeinnütziger sozialpädagogischer verein

Jahresstatistik 2012

Flexibilität

Toleranz Zuverlässigkeit

Respekt

Engagement Zukunft

Menschlichkeit Vielfalt

Qualität Vision

Tradition Leidenschaft

Authentizität

Inhaltsverzeichnis

Organigramm 1

Ambulante Beratungsstelle Dieburg 2

Sozialberatung, vorbereitende Schuldnerberatung und aufsuchende Sozialberatung in der JVA Dieburg 2

Betreutes Wohnen §§ 67 ff. SGB XII 5

Betreutes Wohnen § 53 SGB XII 7

Horizont-Haus 8

Notwaende 12

Soziale Hilfen in Darmstadt 15

Obdachlosenunterkunft Bismarckstraße 100 15

Oyá – Aufsuchende Arbeit und Kontaktstelle für Frauen 20

Obdachlosenunterkunft Rheinstraße 312 23

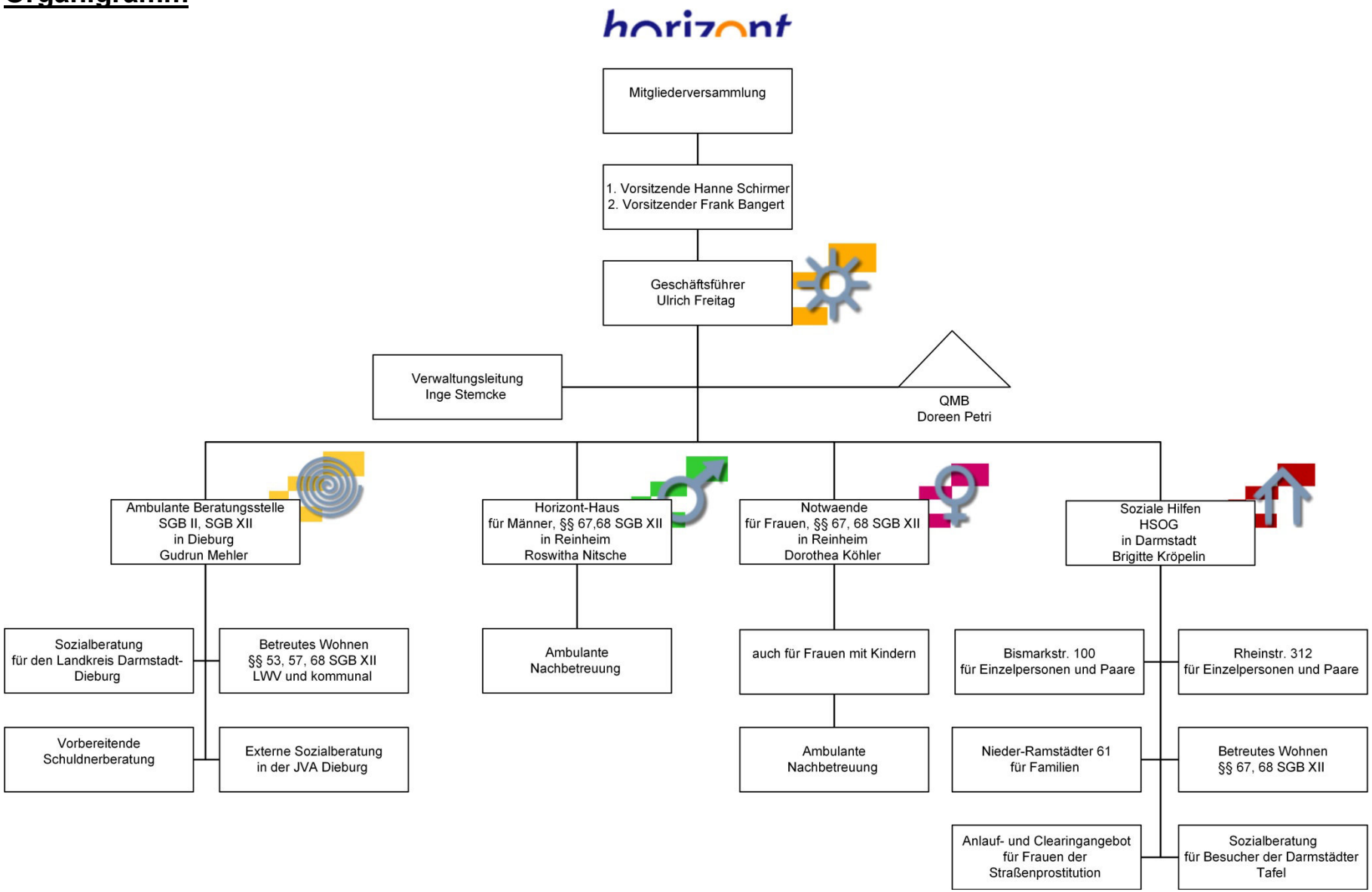
Familienunterkunft Nieder-Ramstädter-Straße 61 (NRS) 28

Betreutes Wohnen (BEWO) nach §§ 67 ff. SGB XII 30

Sozialberatung in Darmstadt 33

Anmeldung der Mitgliedschaft

Organigramm



Ambulante Beratungsstelle Dieburg

Sozialberatung, vorbereitende Schuldnerberatung und aufsuchende Sozialberatung in der JVA Dieburg

Die integrierten Fachbereiche der ambulanten Beratungsstelle - ***Sozialberatung, vorbereitende Schuldnerberatung, aufsuchende Sozialberatung in der JVA*** - beraten und unterstützen Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten gemäß § 67, 68 SGB XII.

Im Jahr 2012 fanden sich in der Ambulanten Beratungsstelle **590** Klienten zu **1502** Beratungsgesprächen ein. **315** Klienten waren männlich und **275** weiblich.

Um ein zeitnahes und Klienten freundliches Angebot zu gewährleisten, gibt es in der **Sozialberatung (SB)** das Prinzip der „Offenen Sprechstunde“, das heißt, vormittags kann das Beratungsangebot ohne Voranmeldung in Anspruch genommen werden. Das gilt ebenso für die Sprechstunde für Berufstätige jeden Mittwochnachmittag von 16:00 - 18:00 Uhr. Jeden 1. und 3. Montag im Monat findet eine Außensprechstunde im Beratungsladen Babenhausen statt. Zusätzlich ist weiterhin eine Terminvereinbarung möglich.

In der **vorbereitenden Schuldnerberatung (Schub)** werden verbindliche Termine vergeben, die allerdings auch immer noch, trotz der hohen Nachfrage, sehr zeitnah gewährleistet werden können. Falls sich doch längere Wartezeiten ergeben, gibt es die Möglichkeit, einen Notfalltermin zu vereinbaren, um auch in Krisensituationen sofort handeln zu können.

Die **aufsuchende Sozialberatung in der JVA** bietet stundenweise Sprechzeiten in der JVA Dieburg an. Die Inhaftierten können in Zusammenarbeit mit dem internen Sozialdienst über Fragen der Existenzsicherung und der Wohnungssicherung informiert werden. Wohnungssicherung ist das vorrangige Thema, sowie Klärung der Wohnsituation nach der Haft, da ein Großteil der Klientel vor der Inhaftierung wohnungslos war.

Die integrierten Fachbereiche der ambulanten Beratungsstelle - **Sozialberatung, vorbereitende Schuldnerberatung, aufsuchende Sozialberatung in der JVA** - beraten und unterstützen Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten gemäß § 67, 68 SGB XII.

Da die konzeptionelle Arbeitsgrundlage der Ambulanten Beratungsstelle ein ganzheitlich systemischer Ansatz ist, werden dadurch sowohl die individuellen als auch die strukturellen Problemlagen erfasst und berücksichtigt.
Unser Angebot ist überparteilich, überkonfessionell und kostenfrei.

Das Angebot umfasst alle Maßnahmen, die notwendig sind, um Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten. Dazu dienen persönliche und telefonische Beratung, aufsuchende Hilfen, Hausbesuche, Begleitung zu Ämtern und Behörden, Mediation zwischen Behörden/Vermietern und Klienten usw.

Ziel der Beratung und Betreuung ist es, die KlientInnen zu befähigen, die auftretenden Probleme weitgehend selbständig zu bewältigen und eigene Wege zu finden, die Schwierigkeiten zu beheben.

Wesentlich Inhalte der Beratung und Betreuung sind

- Prävention
- Sesshaftmachung von Nichtsesshaften
- Wohnungssicherung und Wohnraumsuche
- wirtschaftliche Sicherung, Existenzsicherung, administrative Hilfen
- Erhalt bzw. Suche nach Arbeit
- Gesundheit und Suchtverarbeitung
- Vermittlung in adäquate Einrichtungen
- Psychosoziale Beratung mit wirtschaftlichem Schwerpunkt
- Verhinderung von erneuter Straffälligkeit, Resozialisierung
- psychosoziale Unterstützung zur Strukturierung und Klärung multipler Problemlagen
- das Erlernen von Terminwahrnehmung und Verbindlichkeit

Auch im Jahr 2012 hat sich gezeigt, dass die **Sozialberatung** die erste Anlaufstelle ist, in der Problemlagen sortiert und erkannt werden. Durch intensive Erstgespräche konnten Bedarfe ermittelt werden und eine passgenaue Vermittlung stattfinden.

Konnte durch die Beratung in der **Sozialberatung** der Bedarf nicht gedeckt werden, wurde entweder an die angeschlossenen Fachbereiche **Betreutes Wohnen** und **vorbereitende Schuldnerberatung** oder andere dafür zuständige Fachstelle weitervermittelt.

Wie auch schon die Jahre zuvor ist zu beobachten, dass der Anteil der Klienten mit erheblichen psychischen Störungen zunimmt. Ohne Krankheitseinsicht, oft auch noch gekoppelt mit Suchtproblemen und schweren Gesundheitsschädigungen, wird es immer schwerer, passende Angebote zu finden.

Immer öfter besteht unsere Arbeit darin, die Klientel durch den sich weiter ausbreitenden Antragsdschungel zu führen.

In der **Sozialberatung** ist ein enormer Anstieg an Beratungsbedarf zu verzeichnen. So ist die Zahl der Klienten erheblich angestiegen und es war festzustellen, dass immer mehr aus der sog. Mittelschicht mit vielfältigen Problemen behaftetet sind.

Weiterhin ist ein enormer Anstieg bei den Energieschulden zu verzeichnen. Die Anzahl der Beratungen in der **vorbereitenden Schuldnerberatung,** die sich um Stromschulden, abgestellten Strom und die Wiedererlangung eines Anschlusses drehten, gingen sprunghaft in die Höhe.

Das erwies sich als besonders schwierig, da der örtliche Energieversorger nicht sehr kooperativ ist und sich nicht auf adäquate Ratenzahlungsangebote, die für die Klientel noch machbar waren, einließ.

Diese Perspektivlosigkeit für die Klientel zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeit und bestimmt sehr häufig die Vorgehensweise. Immer weniger Klienten haben ausreichende Schulabschlüsse oder verfügen über eine Ausbildung.

Im Vergleich dazu gibt es immer weniger Arbeitsplätze auf dem 1. Arbeitsmarkt, die keine besondere Qualifizierung benötigen.

Dieser Kreislauf von Arbeitslosigkeit, fehlender Bildung und zunehmender Verschuldung führt auch dazu, dass sich unsere Beratungsarbeit verändert. Es wird zunehmend schwieriger brauchbare Lösungen aufzuzeigen und mittelfristige Ziele zu erreichen.

Als Ergänzung und weiterführendes Angebot in der Ambulanten Beratungsstelle hat sich das Angebot des Betreuten Wohnens nach § 67,68 kommunal und nach § 53 SGB XII bewährt.

So kann über die Beratungsstelle eine zeitnahe Anbindung an eine intensivere Betreuung stattfinden und damit eine weiterführende Begleitung und Betreuung gewährleistet werden.

Das **Betreuten Wohnen nach § 53 SGB XII** ist als Maßnahme speziell auf die Klientel der Wohnungslosenhilfe zugeschnitten und richtet sich ausnahmslos an Menschen mit einer Alkoholerkrankung, sowohl für abstinent lebende Personen als auch für „nasse“ Alkoholabhängige.

Bei letzteren ist der Schwerpunkt der Motivationsarbeit und/oder der Erhaltung einer menschenwürdigen Lebensweise. Auch bei diesem Personenkreis ist es schwer, ein abstinentes Leben ohne Arbeit und Beschäftigung aufrecht zu erhalten.

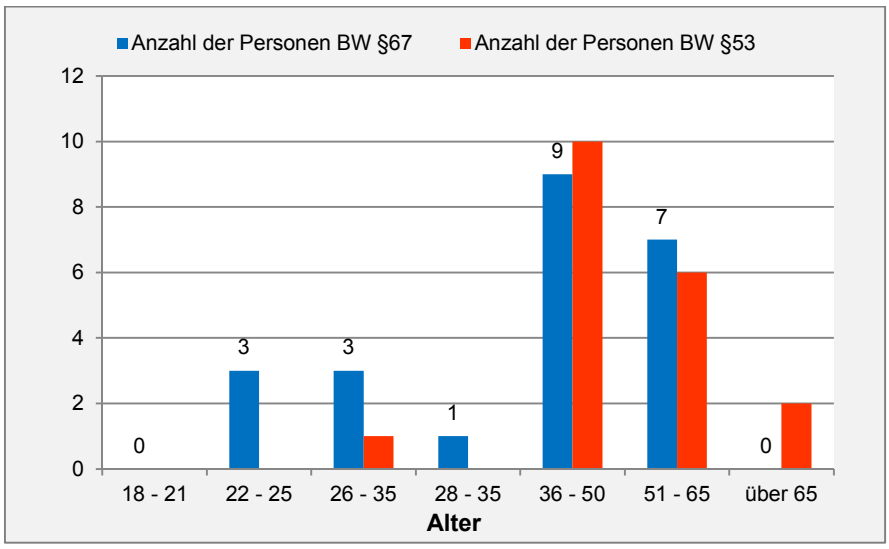
Die häufigsten Auslöser für Wohnungslosigkeit waren Inhaftierungen.
Darüber hinaus wurden folgende Ursachen festgestellt

- Mietschulden
- Kündigung durch den Vermieter
- Auszug aus elterlicher Wohnung
- Abhängigkeitserkrankung
- Gewalt durch Partner und
- die Einstellung der Sozialleistungen nach SGB II / SGB XII.

Prävention, Motivationsarbeit und Existenzsicherung begleitet von psychosozialen Gesprächen sind somit die wichtigsten Arbeitsinhalte geworden. Zahlreiche und mehrfache Beratungsgespräche über einen längeren Zeitraum sind mittlerweile die Regel.

Betreutes Wohnen §§ 67 ff. SGB XII

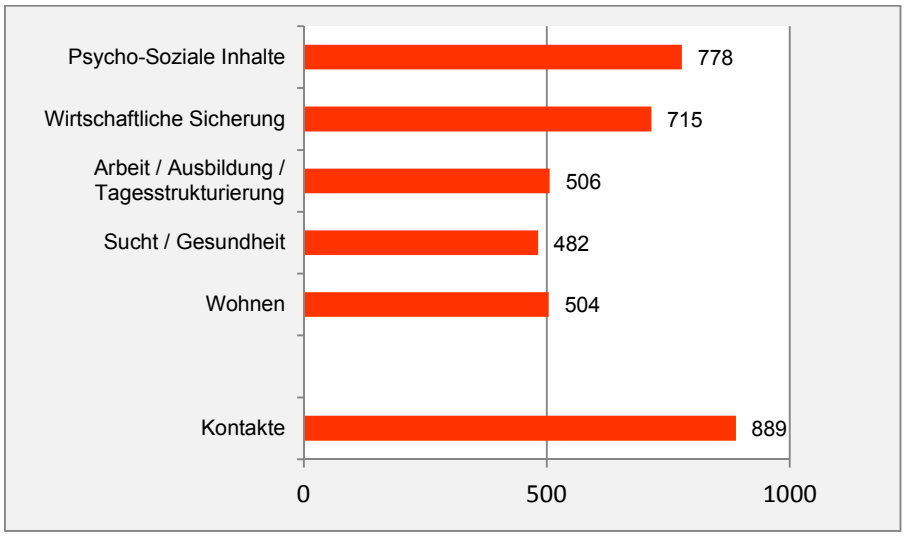
Altersstruktur im ambulanten Betreuten Wohnen



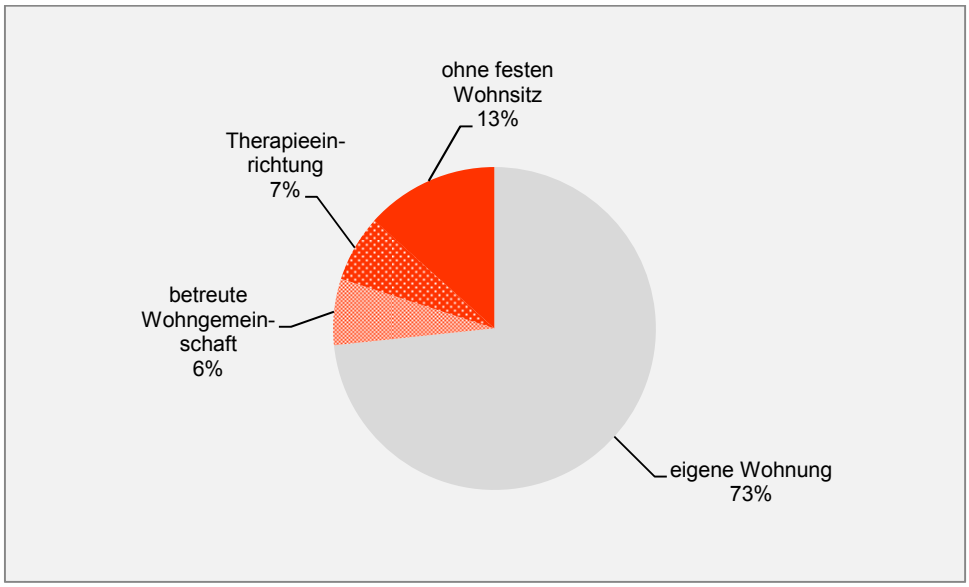
Ambulante Betreuung (Landkreis Darmstadt-Dieburg) §§ 67, 68 SGB XII

Im Berichtsjahr wurden insgesamt **23** Klienten ambulant betreut.

Von den **23** Klienten waren **13** männlich und **10** weiblich.



Herkunft



Unterkunft*:

Eigene Wohnung	Obdachlosenunterkunft (Stadt/ Gemeinde)	Bei Freunden und Bekannten	Haushalt der Eltern
21	0	1	1

Wirtschaftliche Sicherung / Einkommen*:

Arbeitseinkommen	ALG II	ALG I	Sozialhilfe / Grundsicherung	Förderung Agentur für Arbeit	Rente
8	16	1	4	1	1

Beschäftigungsverhältnis*:

Arbeitsstelle	Arbeitsgelegenheit	arbeitssuchend	Ausbildung	Erziehungs-zeit	erwerbsunfähig
8	1	10	1	2	5

* Mehrfachnennungen sind möglich

Betreutes Wohnen § 53 SGB XII

Anzahl leistungsberechtigter Personen: **19**, davon **16** Männer und **3** Frauen

Bewilligte Fachleistungsstunden: 1.949
Erbrachte Fachleistungsstunden: 1.954

Wohnform vor Aufnahme:

Eigene Wohnung	Betreute Wohngemeinschaft	Therapieeinrichtung	Ohne festen Wohnsitz
11	1	2	5

Wirtschaftliche Sicherung / Einkommen *:

Arbeitseinkommen	ALG II	Arbeitsgelegenheit (AGH)	Sozialhilfe / Grundsicherung	Rente
3	8	1	10	6

Lebensweise*:
Trocken, weiterhin konsumierend, manchmal trinkend oder Abstinenzunterbrechung

abstinent	phasenweise abstinent	weiterhin konsumierend
8 - es gab 4 Rückfälle	6	4

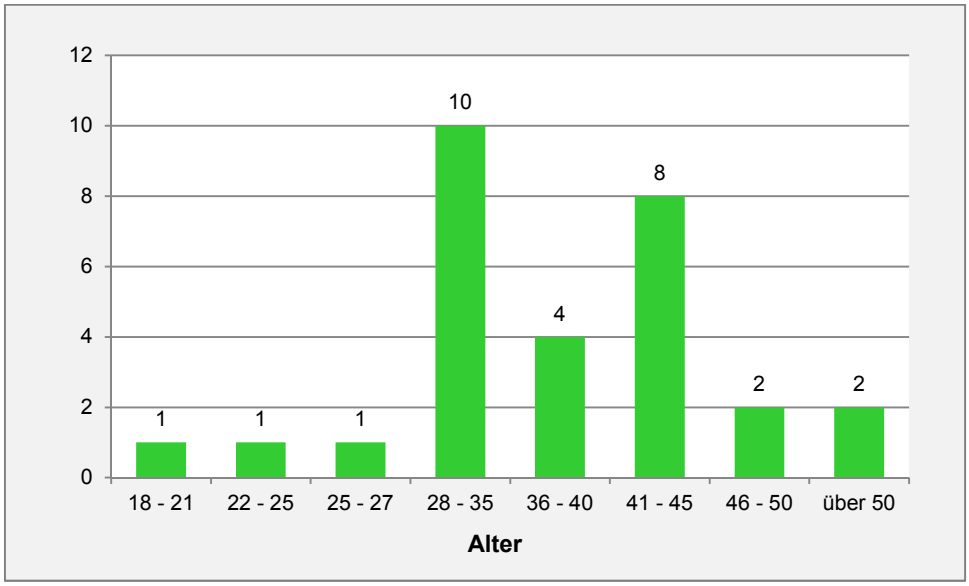
* Mehrfachnennungen sind möglich

Horizont-Haus

Das Horizont-Haus ist ein Übergangswohnheim für Männer in besonderen sozialen Notlagen gemäß §§ 67, 68 SGB XII mit 12 Plätzen.

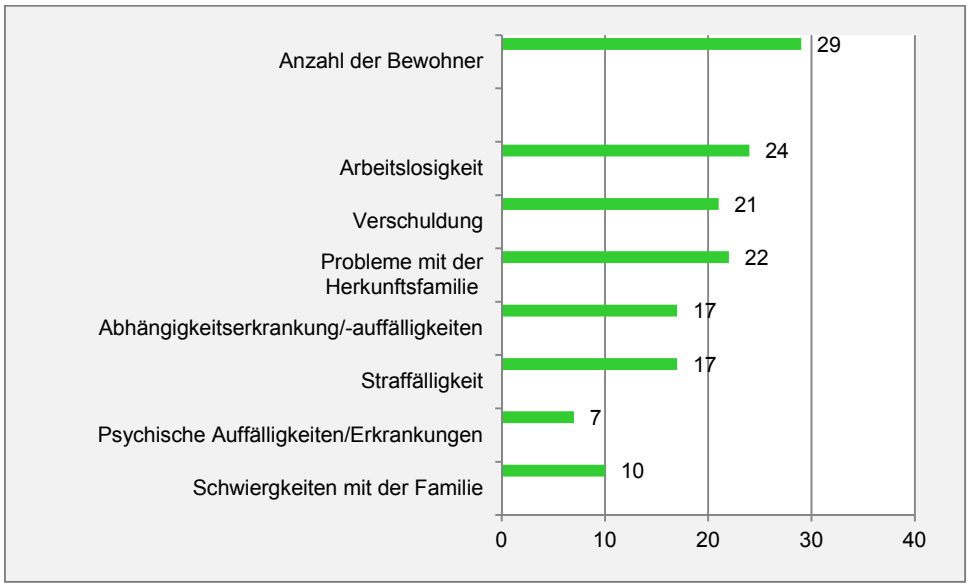
2012 hatten wir insgesamt 78 Anfragen.
Davon waren 11 Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren.
Von den 78 Anfragen bestand bei 15 Männern der Bedarf nach einer Notunterkunft und nicht nach einer Unterbringung nach den §§ 67 ff. SGB XII.
Diese 15 Männer kamen aus Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg.

Altersstruktur



Wie aus dem Schaubild ersichtlich, hatten wir im Jahr 2012 viele Bewohner im mittleren Alterssegment.
Stark vertreten waren die Altersgruppen der 28- 35 jährigen und der 41-45 jährigen Bewohner.

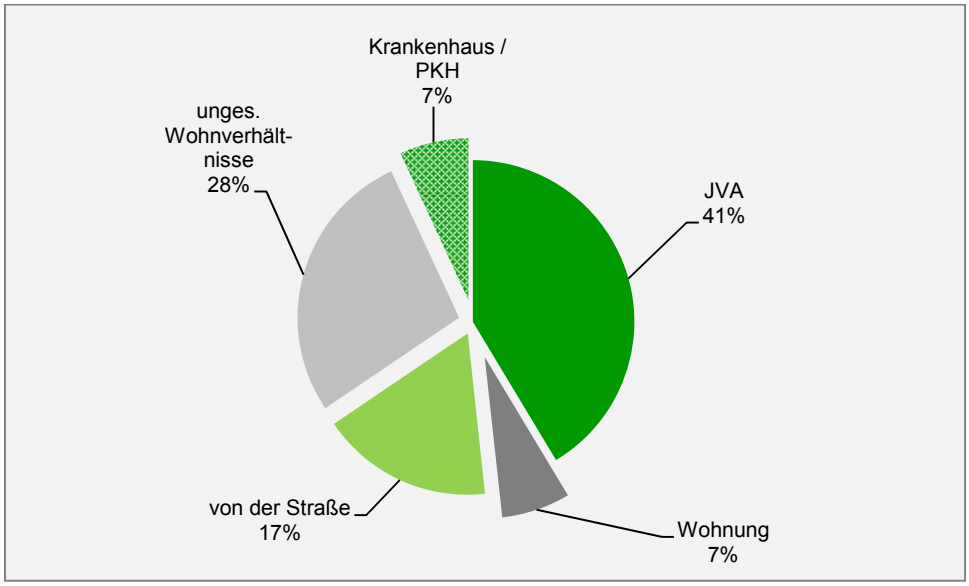
Problemlagen



Vermittlung in

	Personen	%
sozialversicherungspflicht. Tätigkeit	5	17%
Berufl. Ausbild./Schule/Umschulung	1	3%
qualifizierende Maßnahme	1	3%
AGH	8	28%
keine berufsrelevante Vermittlung	14	48%

Lebenssituation vor Aufnahme



Der überwiegende Teil unserer Klienten kam 2012 von der Straße, oder aus Ungesicherten Wohnverhältnissen.
Diese Personen waren bereits obdachlos oder bedroht von Obdachlosigkeit.

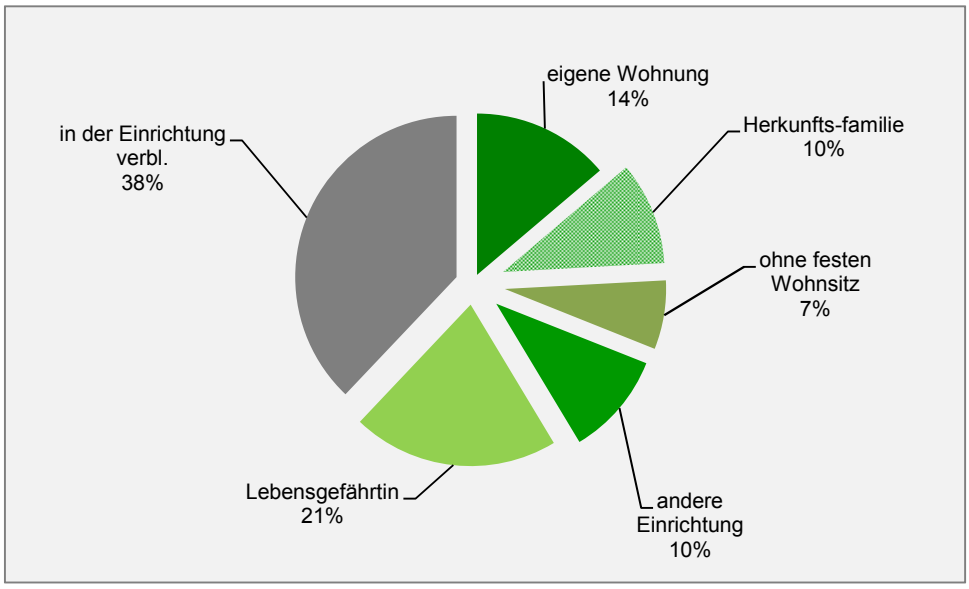
Den zweitgrößten Anteil stellten Klienten dar, welche aus Haft entlassen wurden und sich durch Vermittlung des zust. Sozialdienstes, des Übergangsmanagement oder der Haftentlassenenhilfe um eine Aufnahme in unserer Einrichtung bemüht haben.

Verweildauer

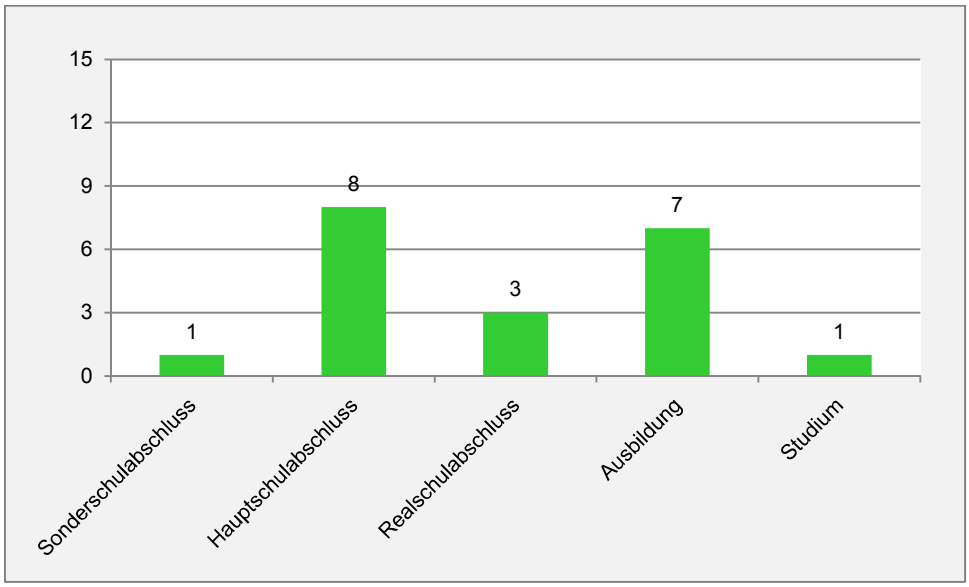
Die Männer wohnten im Haus von 1 bis zu 21 Monaten.
Im **Durchschnitt** blieben sie **7,5** Monate in der Einrichtung.
Im Unterschied zum Vorjahr hat sich die Verweildauer um ein Vierteljahr verkürzt.

2012 lebten im Horizont-Haus drei Bewohner mit **Migrationshintergrund**.
Durch die ländliche Struktur im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist diese Problematik nicht so stark vorhanden wie in anderen Einrichtungen nach den §§ 67 ff. SGB XII in Ballungszentren.

Lebenssituation Ende 2012



Bildungsabschluss

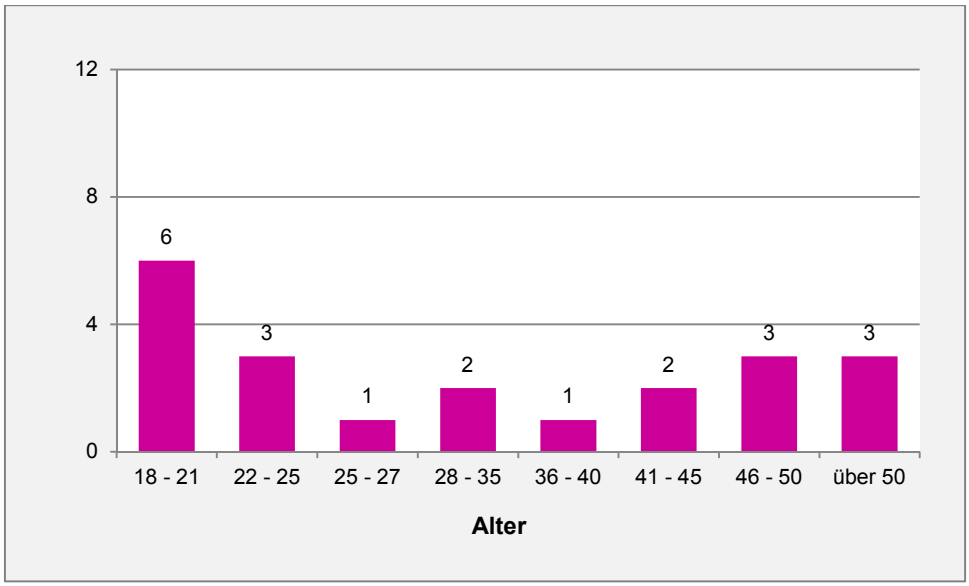


Notwaende

Das Frauenwohnheim NOTWAENDE ist eine sozialtherapeutische Einrichtung für Frauen in besonderen sozialen Notlagen nach den §§ 67 ff. SGB XII.
Wir bieten insgesamt elf Wohnplätze in Dieburg.

Altersstruktur

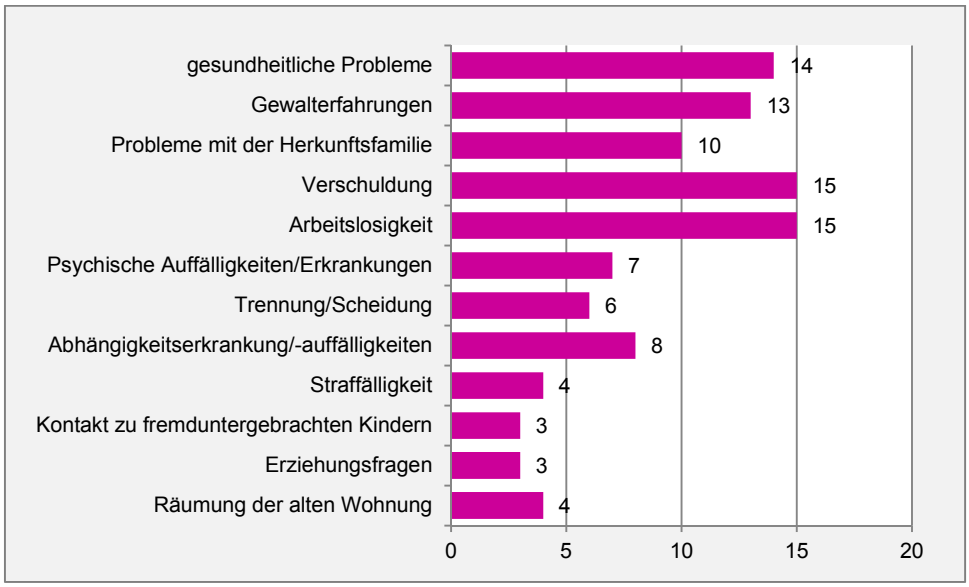
Knapp die Hälfte der Bewohnerinnen in 2012 war unter 25 Jahre alt. Dieser Trend zeichnet sich in der Wohnungslosenhilfe bundesweit ab und spiegelt sich auch in der Notwaende wieder.
Die steigende Zahl junger Bewohnerinnen fordert konzeptionelle Veränderungen, verstärkt pädagogische Arbeit und die Auseinandersetzung mit dem sozialen Umfeld der jungen Frauen. Abbrüche sind in dieser Altersgruppe häufiger, da das Gruppenleben mit älteren Frauen und die Auseinandersetzung mit den Hausregeln häufig als einengend empfunden wird. Gleichzeitig gibt es ein hohes Bedürfnis nach Fürsorge und Vorbildern.
Bei den älteren Bewohnerinnen bestimmen häufig massive gesundheitliche Einschränkungen die Arbeit. Es zeigt sich, dass für diese Altersgruppe aus unserem Personenkreis gemeinschaftliche Wohnformen unbedingt fehlen.



Ein **Migrationshintergrund** war bei **5** Personen gegeben.

Betreuungsschwerpunkte

Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Gewalterfahrungen gehörten auch im Vorjahr zu den häufigsten Beratungsschwerpunkten. Die Bearbeitung gesundheitlicher Probleme dagegen ist im Verhältnis zum Vorjahr massiv angestiegen.

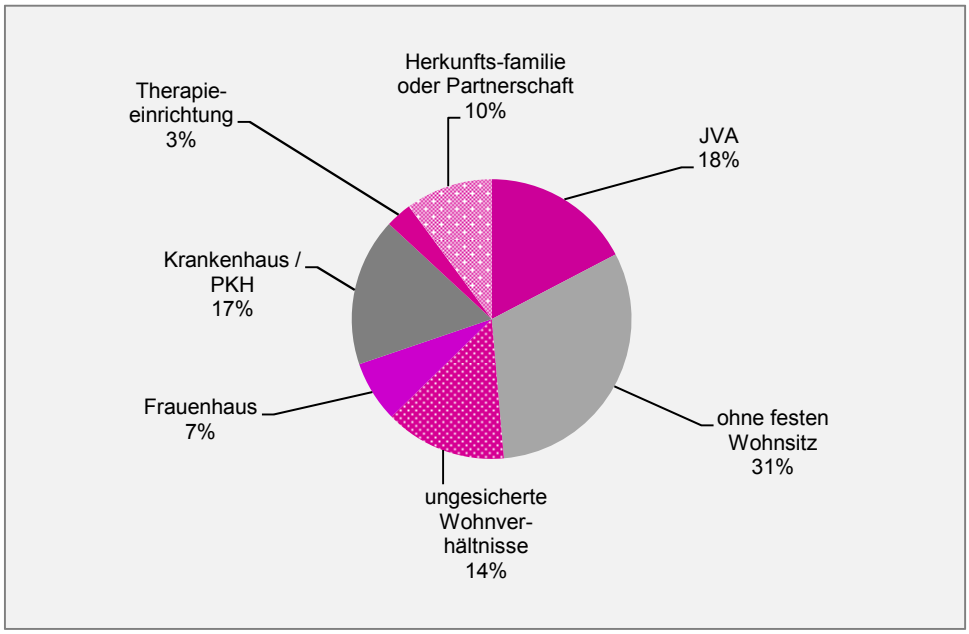


Vermittlung

Weit über die Hälfte der Bewohnerinnen war in 2012 entweder erwerbsunfähig oder aufgrund vielfältiger Problemlagen nicht vermittelbar. Dies entspricht den bundesweiten Erkenntnissen, dass trotz eines Rückgangs der Arbeitslosenzahlen Langzeitarbeitslose kaum vermittelbar sind. Arbeit geht über den reinen Broterwerb hinaus und bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Wir erachten es als ausgesprochen problematisch, dass dies einer immer größer werdenden Gruppe von Menschen verwehrt bleibt.

Vermittlung in	Frauen
Sozialversicherungspflichtige Tätigkeit	1
qualifiz. Maßnahme	3
AGH	2
Tagesstätte	0
berufl. Ausbild./Schule/Umschulung	1
keine Vermittlung wg. Kinderbetreuung	1
nicht erwerbsfähig	5
keine berufsrelevante Vermittlung	8

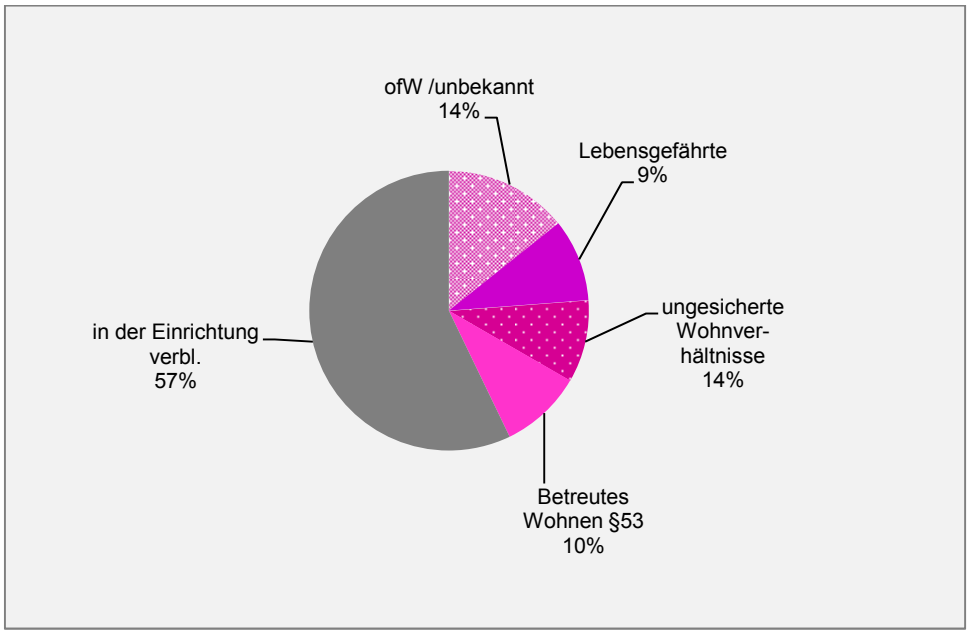
Lebenssituation vor Aufnahme



Verweildauer

In 2012 betrug die durchschnittliche Verweildauer **10,4** Monate. Bei zwei Frauen gestaltete sich die Weitervermittlung aufgrund der psychischen Situation als besonders schwierig, weshalb sie mehr als 24 Monate im Haus waren.
Jüngere Frauen neigen dazu, die Maßnahme zu früh abzubrechen, weil sie oft Schwierigkeiten haben, die Regeln einzuhalten, insbesondere wenn Drogenkonsum eine Rolle spielt.

Lebenssituation Ende 2012



ofW = ohne festen Wohnsitz

Soziale Hilfen in Darmstadt

Obdachlosenunterkunft Bismarckstraße 100

Im Berichtszeitraum lebten **119** BewohnerInnen im Haus Bismarckstr. 100. Davon konnten aufgrund der multiplen Problemlagen nur 24 % in eigene Wohnungen vermittelt werden. Die Zunahme des Personenkreises psychisch auffälliger und erkrankter Klientel, verhinderte in den meisten Fällen eine Vermittlung in eigenen Wohnraum. Ein Großteil der Bewohner (ca. 54 %) kommt aus ungesicherten Wohnverhältnissen und (ca. 21 %) verlässt die Unterkunft auch wieder mit unklarem Ziel.

Die **durchschnittliche Verweildauer** in der Unterkunft betrug **3,3** Monate.

Bei den 119 Personen handelte es sich um **63** Frauen und **56** Männer.

Zum Jahreswechsel 2011/2012 wohnten 32 Personen in der Bismarckstr. 100,

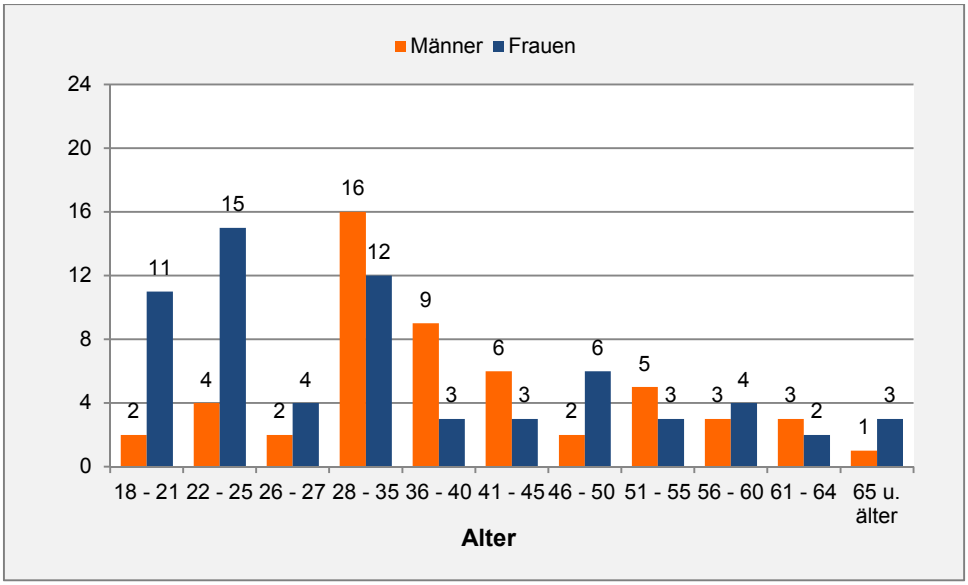
zum Jahreswechsel 2012/2013 lebten **31** Personen in der Unterkunft.

Altersstruktur

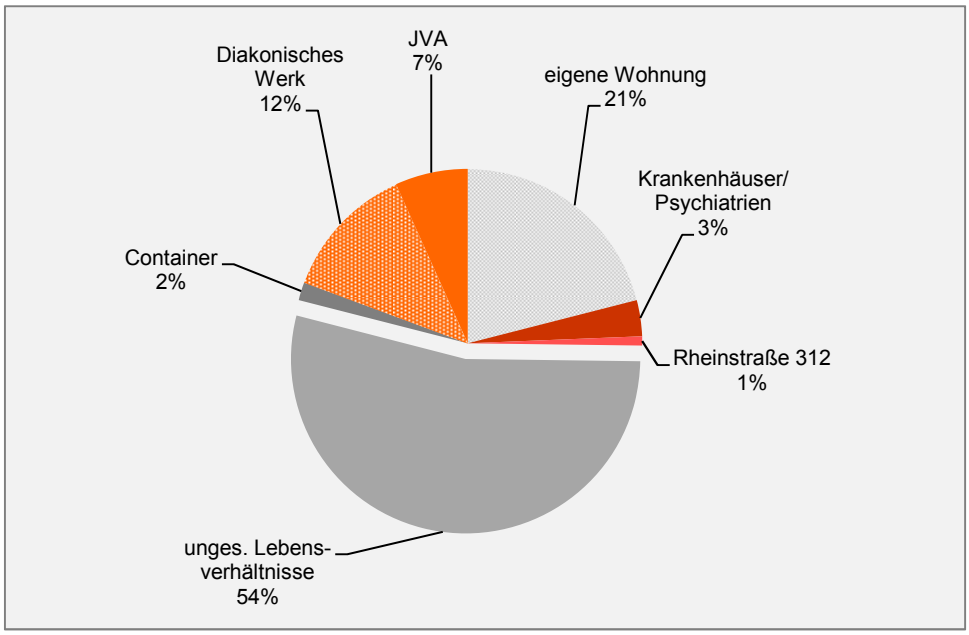
Das Durchschnittsalter der Bewohner/innen lag bei 36,8 Jahren. Der jüngste Bewohner war 19 Jahre und der Älteste 69 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der Frauen lag bei 34,4 das der Männer bei 39,3 Jahren.

Zum vergangenen Berichtszeitraum hat sich der Anteil der Frauen verdoppelt. Besonders markant bildet sich dies in der Altersgruppe der Frauen zwischen 18 und 35 Jahren ab. Dies wirkte sich im Arbeitsalltag dahingehend aus, dass Themen wie Unterstützung in der Schwangerschaft, Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und Begleitung bei Gewalt gegen Frauen zunehmend Raum einnahmen.

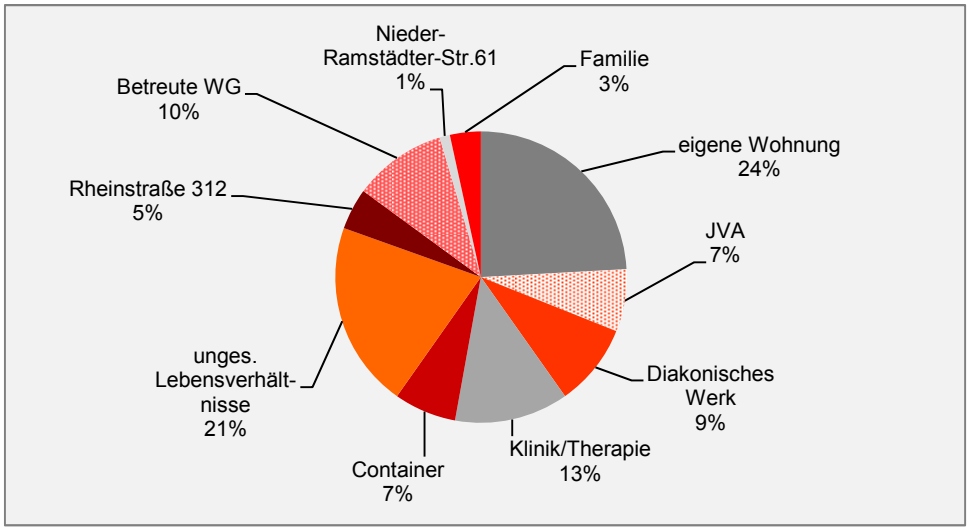
Der Unterstützungsbedarf der Frauen zwischen 18 Jahren und 25 Jahren ist aufgrund der typischen Verhaltensweisen junger Erwachsener in der Orientierungsphase größer als bei den übrigen Bewohnern in den Unterkünften. Sie benötigen oft eine enge und mit Kontrolle verbundene Anbindung, um ihre Ziele konstant zu verfolgen.



Herkunft bei Aufnahme

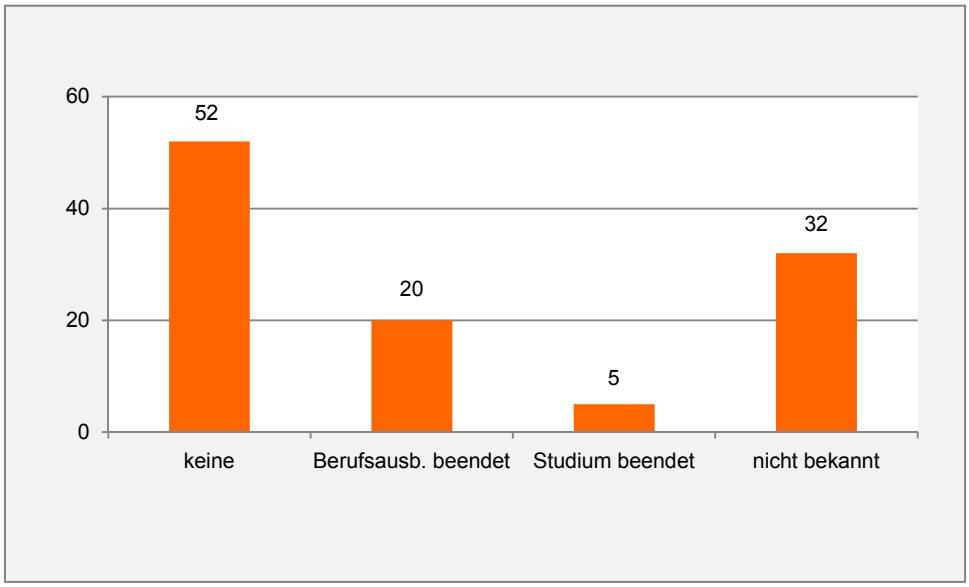


Verbleib nach Auszug

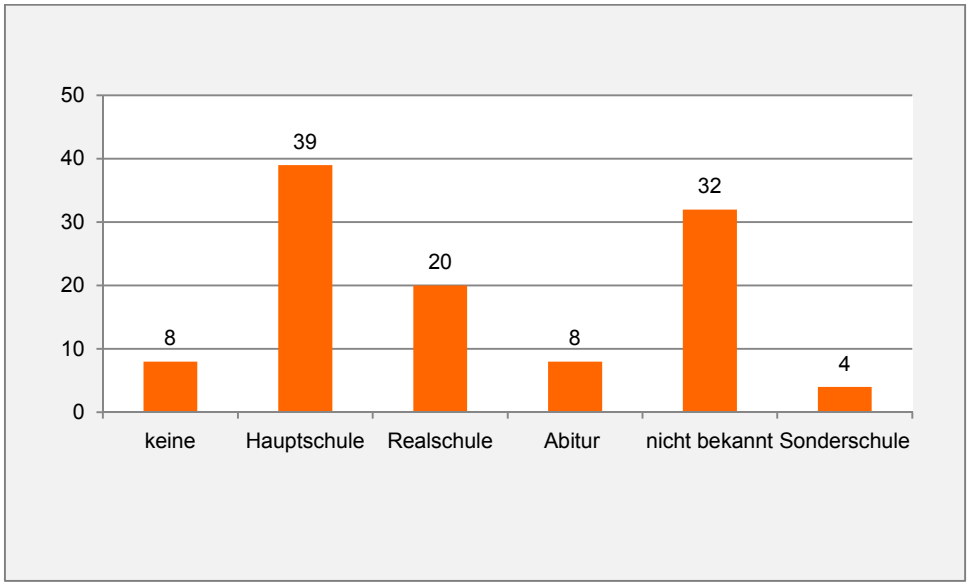


Gezählt wurde der Verbleib nach dem letzten Auszug

Ausbildung



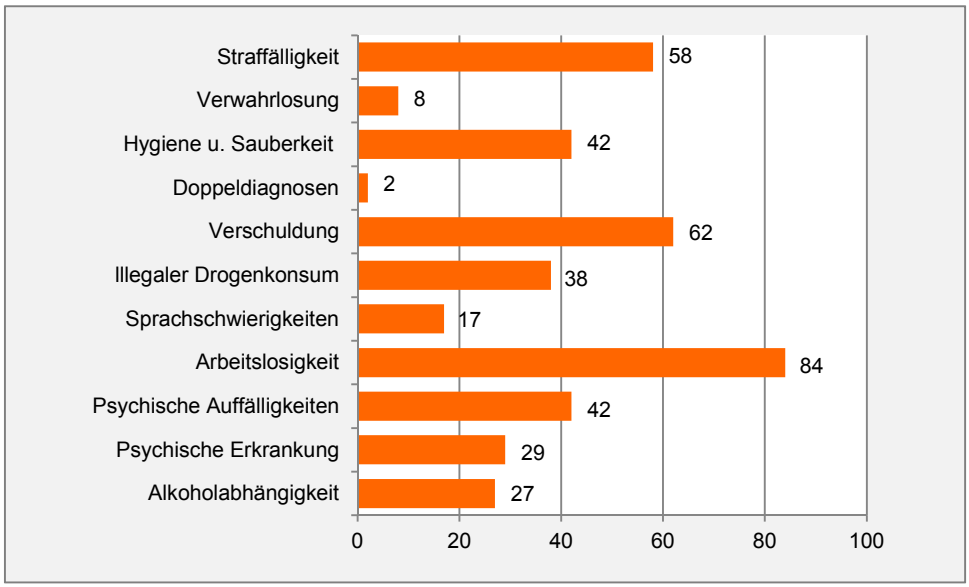
Schulbildung



Das Kriterium „Nicht bekannt“ bei Schulbildung bzw. Ausbildung ergibt sich z.B. durch fehlende Kommunikationsmöglichkeiten mit ausländischen BewohnerInnen.
Die Aufnahme einer Arbeit gelang sechs BewohnerInnen. Aufgrund der hohen Fluktuation, mangelnder Qualifikation und bestehender Suchtproblematik oder psychischer Auffälligkeit bzw. psychischer Erkrankung unterliegen viele Personen in der Unterkunft besonderen Vermittlungshemmnissen.

Problemlagen

Bei den folgenden Angaben sind Mehrfachnennungen berücksichtigt.



Es dominieren psychische Auffälligkeiten und Erkrankungen, sowie Abhängigkeit von Suchtmitteln. Erkrankungen wie HIV, Hepatitis C, treten als Begleiterscheinung auf.

Die psychischen Auffälligkeiten sowie destruktive Beziehungsmuster mit mangelndem Sozialverhalten nehmen immer mehr zu. Von den 119 aufgenommenen Personen zählen ca. 71 Klienten zu diesem Personenkreis. Diese Merkmale treten in unterschiedlicher Ausprägung auf. Einhergehend mit den geschilderten Problemen gehören dazu mangelnde Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Haushaltsführung, speziell in den Gebieten Sauberkeit und Ordnung, zu halten. Viele Tätigkeiten im Arbeitsalltag der MitarbeiterInnen des Sozialdienstes finden in diesen Bereich statt, um zu stützen, zu helfen und so Verschlimmerung zu verhindern bzw. den für eine Unterkunft gebotenen Hygienestandard zu wahren.

14 BewohnerInnen hatten einen gesetzlichen Betreuer. Elf BewohnerInnen gehörten zum Personenkreis der psychisch erkrankten Klientel, vier Bewohnerinnen hatten zusätzlich einen problematischen Suchtmittelgebrauch.

Im Jahr 2012 traten Sprachschwierigkeiten meist bei Personen aus Osteuropa und Afrika auf, auch wenn diese die deutsche Staatsbürgerschaft hatten, das waren im Berichtszeitraum 17 BewohnerInnen. Bewährt hat sich hier im Arbeitsalltag die Unterstützung durch eine Kollegin, die einige osteuropäische Sprachen beherrscht.

Diese Verständigungsschwierigkeiten wirken sich erschwerend auf die Vermittelbarkeit in Wohnung, Arbeit und Therapie aus.

Staatsbürgerschaft

Im Berichtszeitraum lebten 17 Nationen in Bismarckstraße 100 zusammen, meist deutscher und europäischer Herkunft.

deutsch	90	palästinensisch	2
deutsch-amerikanisch	1	persisch	1
eritreisch	1	polnisch	7
ghanaisch	1	rumänisch	2
iranisch	1	russisch	1
italienisch	1	somalisch	2
kasachisch	1	spanisch	2
marokkanisch	2	türkisch	3
nigerianisch	1		

Oyá – Aufsuchende Arbeit und Kontaktstelle für Frauen

Abschlussbericht für das Jahr 2012, zur weiteren Entwicklung des Projekts „Oyá - Anlauf- und Clearingangebot für Frauen in der Straßenprostitution des Mornewegviertels in Darmstadt“

Auch im dritten Jahr unseres Angebotes an die Frauen, die im Mornewegviertel der Straßenprostitution nachgehen, konnte ein Zuwachs der Kontakte und eine steigende Akzeptanz unserer Arbeit bei den Frauen verzeichnet werden.

Die gewählten Strukturen der aufsuchenden Arbeit, sowie die der Komm – Strukturen, die die Frauen zunehmend selbst aufbauen, wurden beibehalten. Der Fokus im Arbeitsalltag richtete sich weiterhin besonders auf Zwangsprostitution und Gewalterfahrungen der Frauen. Präventionsmittel und Safer Sex Utensilien sind weiterhin Kontaktmittel bei der aufsuchenden Arbeit und unverzichtbar, um die Frauen vor den Gefahren sexuell übertragbarer Krankheiten zu schützen und ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Zudem stellen diese Präventionsmittel auch einen Schutz für die Freier und ihre Familien dar.

In der täglichen Arbeit mit den Frauen die der Straßenprostitution nachgehen, gibt es Themenschwerpunkte, die in der Beratung immer wieder auftauchen. An erster Stelle rangieren Gesundheitsprobleme, gefolgt von Konflikten mit dem Gesetz. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Vermittlung von Wohnraum, und sei es nur ein Notschlafplatz. Hier konnten im letzten Jahr vier Frauen untergebracht werden. Bei einer Frau konnte Wohnungslosigkeit verhindert werden, in dem Kontakt mit dem Vermieter aufgenommen und Wohnungssicherung durch Antragsstellung für ergänzende Leistungen betrieben wurde.

Aufgrund der Sprachprobleme der Frauen aus Osteuropa, ist dieses Vorgehen, beim Erstkontakt Präventionsmittel anzubieten, oft der einzige Weg, um zu zeigen, dass die Mitarbeiterinnen im positiven Auftrag unterwegs sind und nicht repressiv.
Die Zahl der Frauen aus Osteuropa hat im letzten Jahr stetig zugenommen. Es gab 188 Kontakte mehr als im Jahr 2012.

Die bestehenden Beziehungen zu den Frauen wurden durch die regelmäßigen Besuche weiter ausgebaut. Dies war besonders bei der Kooperation mit Polizei und weiteren Strafverfolgungsbehörden von Vorteil, da wir hier vermittelnd und unterstützend auftreten konnten. So gaben unserer Mitarbeiterinnen beispielsweise Warnungen vor gewaltbereiten Freiern an die Frauen weiter und im Gegenzug informierten die Frauen über Vorkommnisse, die sie nicht persönlich der Polizei mitteilen wollten. Einige Frauen scheuen aus unterschiedlichen Gründen den direkten Weg zur Polizei. Zum einen sind es Erfahrungen aus Kontakten, die die Frauen als schwierig einschätzten, oder weil sie meinen, ihnen werde nicht geglaubt. Einige haben aber auch Angst, dass sie unter den Frauen als Denunziantinnen auffallen oder sich vor Repressalien seitens Zuhältern und Freiern schützen wollen. Beispielhaft sei hier aufgeführt, dass sich einige Frauen nach reiflicher Überlegung entschlossen haben einen Freier zu nennen, der die Frauen beim Sex dazu nötigte sich Gewalt- und Kinderpornos anzusehen, was dann unsererseits an die Polizei weitergeleitet wurde.

Neben Polizei und FIM ist auch der Malteser Gesundheitsdienst im Marienhospital ein unentbehrlicher Kooperationspartner, da die meisten Frauen aus Osteuropa nicht krankenversichert sind. Die Ärzte und Mitarbeiter verfügen zudem über Kontakte zu Fachärzten, was im Berichtszeitraum immer wieder genutzt wurde. 12 Frauen wurden dorthin vermittelt.

Auch bei der versteckten Wohnungslosigkeit hat sich im Berichtszeitraum keine Verbesserung abzeichnen können.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit blieb das Interesse an der Arbeit des Projekts „Oyá“ weiterhin hoch. Es wurden unter anderem Vorträge im Sozialausschuss des Magistrats der Stadt Darmstadt und in Schulen oder Frauenvereinen, wie den Landfrauen Groß-Gerau, gehalten, um die Arbeit des Projekts vorzustellen und die Öffentlichkeit für das Thema Zwangsprostitution zu sensibilisieren. Dieses Thema wurde auch immer wieder in der Presse behandelt, zum Beispiel in einem Artikel des Frauenmagazins Mathilde aus Darmstadt.

Durch die Teilnahme in der Stadtteilrunde des Morneweg- / Pallaswiesenviertels werden Anliegen von Anwohnern und anliegenden Einrichtungen direkt an uns herangetragen und können so auf kurzem Weg beantwortet oder weitergegeben werden.

Durch die wachsende Zahl der Frauen, die im Mornewegviertel der Prostitution nachgehen und zu uns Kontakt haben, steigt auch die Zahl der verteilten Präventionsmittel. Dies bildet sich bei den Ausgaben als steigender Posten in der Finanzierung ab.

Abschließend bleibt anzumerken, dass durch kontinuierliche Präsens unserer Mitarbeiterinnen bei den Frauen über die Jahre Vertrauen aufgebaut wurde, was dazu führte, dass sich die Frauen zunehmend mit ihren Problemen an uns wenden und nicht mehr erst dann kommen, wenn Fristen abgelaufen sind oder sie anderweitig keinen Ausweg mehr sehen. Die Kolleginnen konnten deutlich vermitteln, dass es sich lohnt Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dies spricht dafür, die bisherige Arbeit des Projektes „Oyá“, im bestehenden Rahmen weiterzuführen. Bei der geplanten Verlegung der Toleranzzone kann sich dieser Vertrauensbonus ebenfalls als positiver Effekt im Begleitprozess auswirken. Die Mitarbeiterinnen des Projektes stellen für viele Frauen eine wichtige Brücke dar, um Kontakte aufzubauen, die den Ausstieg ebnen und vorbereiten können. Zum anderen braucht diese Gruppe Frauen weiterhin verlässliche Ansprechpartnerinnen, die vorbehaltlos im Sinne der Frauen agieren, was nicht heißt allem kritiklos gegenüber zu stehen.

Wir sehen die Unterstützung der steigenden Zahl der Frauen aus Südosteuropa und damit einhergehend die Suche nach Sprachvermittlerinnen, sowie nach wie vor die Suche nach einem Standort für Hygieneräume und die Verlegung der derzeitigen Toleranzzone, als einen Teil der Herausforderungen im Jahr 2013 an.

Anzahl der Kontakte

	Anzahl der Kontakte (Jahr 2012)	Kontakte (Jahr 2011)	Differenz (Vergleich zu 2011)
Summe	842	673	169

Staatsangehörigkeit

	Anzahl der Kontakte gesamt	deutsch	Europäisches Ausland	andere
Summe	842	327	479	36

Beratungsthemen

	Anzahl der Kontakte gesamt	Safer Sex	Gesundheit	Sonstiges
Summe	842	807	201	216

Obdachlosenunterkunft Rheinstraße 312

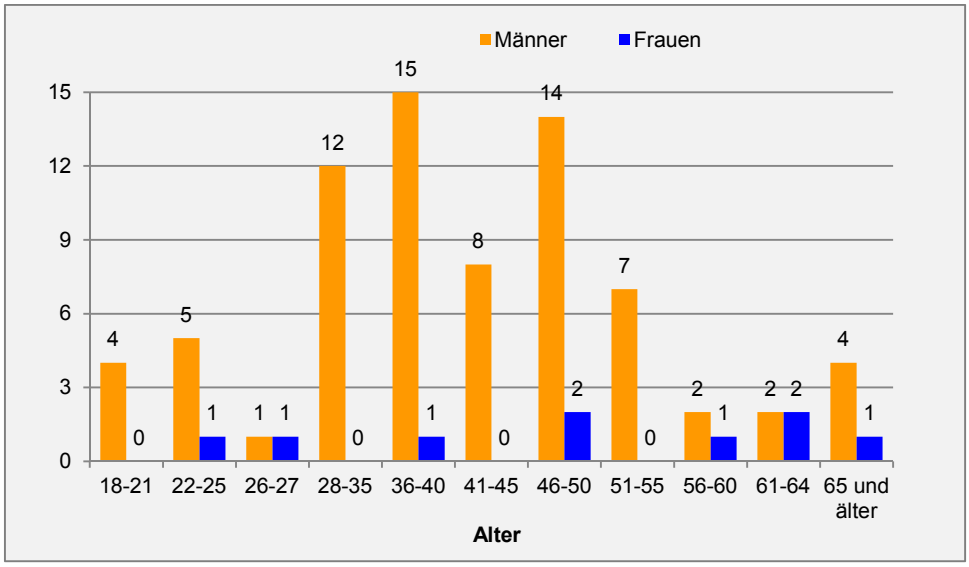
Im Berichtszeitraum lebten 83 BewohnerInnen in der Rheinstraße 312. Davon konnten ca. 44 % in eigenen Wohnraum vermittelt werden, 10 % mehr als im Vorjahr. Ca. 11 % wechselten in andere Einrichtungen und nur ca. 17% verließen die Einrichtung ohne anzugeben wo sie weiterhin leben würden. Hier hat sich das Konzept, Personen mit höherer Sozialkompetenz einzuweisen als positiv erwiesen, da sich dieser Personenkreis stabiler darstellt und somit besser in Wohnung vermitteln lässt und auch erhöhte Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt hat. Außerdem wirken diese Verhaltensweisen auch stabilisierend innerhalb der Hausgemeinschaft und schützen so den sozialen Frieden untereinander und im Wohnumfeld.

Die durchschnittliche Verweildauer in der Unterkunft betrug 2,5 Monate.
Bei den 83 Personen handelte es sich um 9 Frauen und 74 Männer

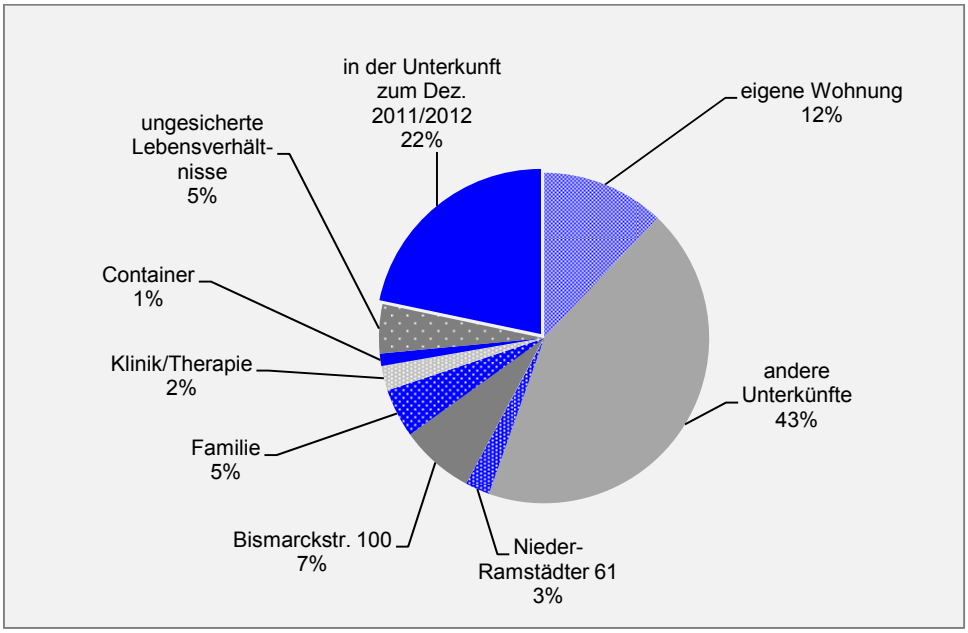
Zum Jahreswechsel 2011/2012 waren 18 Personen in der Rheinstraße 312 wohnhaft, zum Jahreswechsel 2012/2013 lebten 18 Personen in der Unterkunft.

Altersstruktur

Das Durchschnittsalter der Bewohner/innen lag bei 45 Jahren, wobei der jüngste Bewohner 19 Jahre und der älteste 71 Jahre alt war. Das Durchschnittsalter der Frauen lag bei 48 das der Männer bei 42 Jahren.



Herkunft

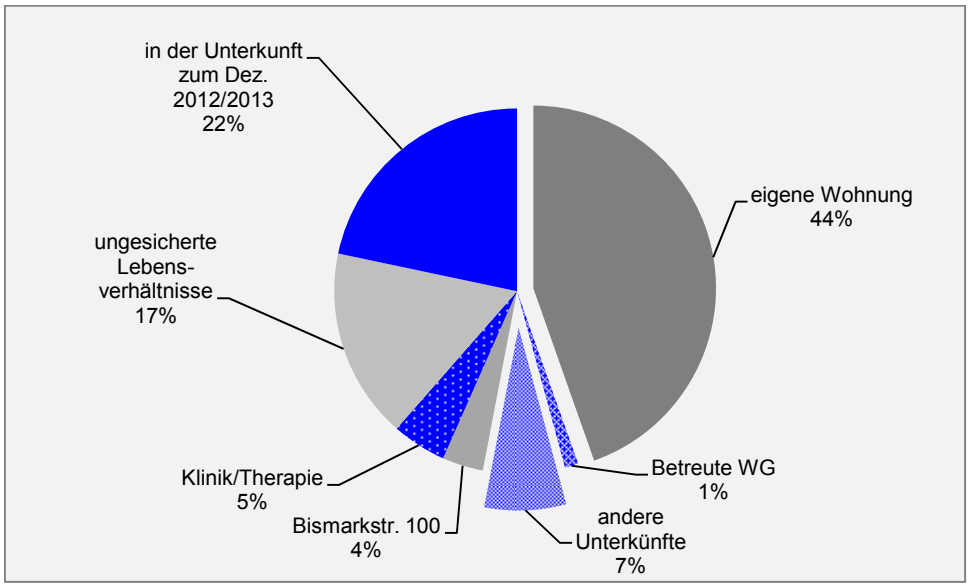


Staatsbürgerschaft

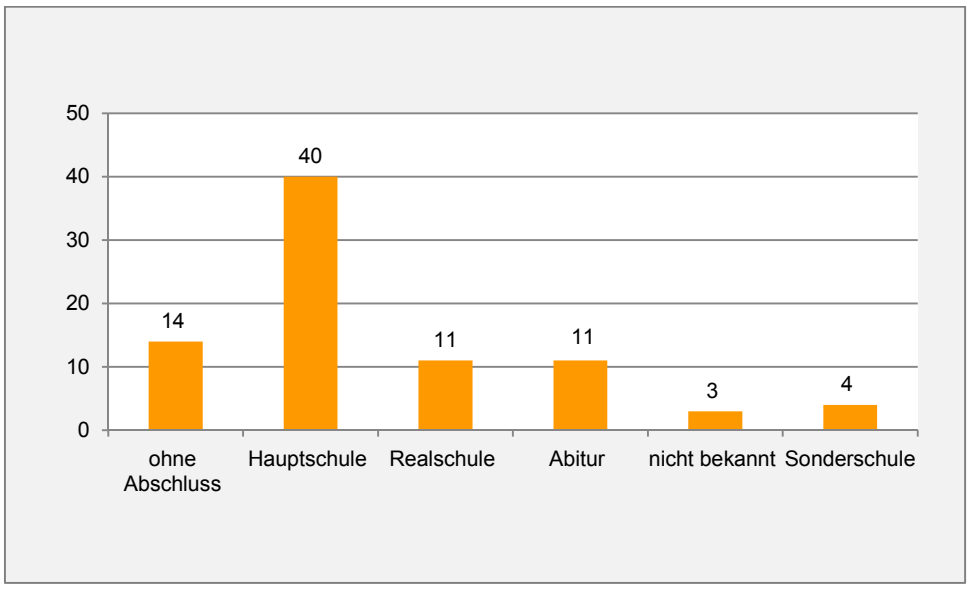
Im Berichtszeitraum lebten 21 Nationen in der Rheinstraße 312 zusammen, meist deutscher und europäischer Herkunft.

amerikanisch	1	polnisch	7
Bosnisch	1	portugiesisch	1
brasilianisch	1	rumänisch	1
deutsch	49	slowakisch	1
englisch	1	somalisch	4
griechisch	1	tunesisch	2
italienisch	1	türkisch	3
kenianisch	1		
Mali	1		
marokkanisch	3		

Verbleib nach Auszug

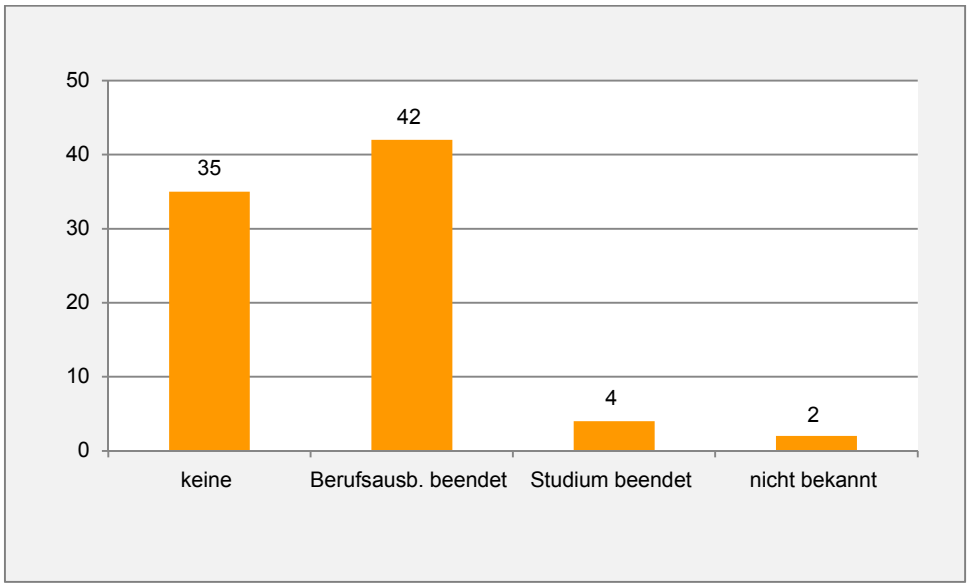


Schulbildung



Das Kriterium „nicht bekannt“ bei Schulbildung bzw. Ausbildung ergibt sich durch fehlende Kommunikationsmöglichkeiten aufgrund Sprachschwierigkeiten mit der Klientel.

Ausbildung



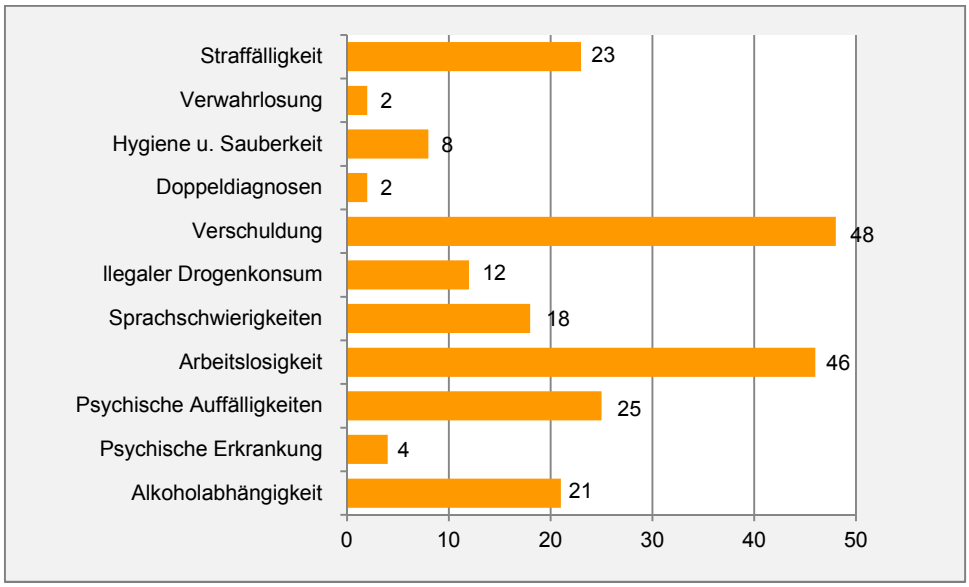
Eine Vermittlung in Arbeit kam für 1 Bewohner zustande. 21 Klienten gingen einer geregelten Arbeit nach. Rente bezogen 5 Personen.

46 BewohnerInnen waren arbeitsuchend gemeldet, konnten aber aufgrund der multiplen Problemlagen nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Über 50 % davon sind zudem nicht in der Lage in anderen Maßnahmen einer geregelten Tagesstruktur zu folgen.
Bei der aktuellen Arbeitsmarktlage verringern Gründe wie unzureichender Ausbildungsstand bzw. fehlende Schulabschlüsse einhergehend mit unrealistischen Einschätzungen des eigenen Leistungsvermögens weiterhin die Chancen auf Vermittlungserfolge.
Des Weiteren fehlt oftmals die Bereitschaft sich auf die wenigen Angebote die es gibt einzulassen.

Problemlagen (Mehrfachnennung)

Fast alle BewohnerInnen haben Probleme beim Umgang mit Ämtern und Behörden. Zunehmend treten Sprachprobleme auch bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit auf, meist handelt es sich dabei aber um Menschen aus Osteuropa. Diese Verständigungsschwierigkeiten wirken sich erschwerend auf die Vermittelbarkeit in Wohnung, Arbeit und Therapie aus.

Im Folgenden die am häufigsten auftretenden Problemlagen:



Da es im Haus Rheinstraße 312 keine nächtliche Präsens durch den Sicherheitsdienst gibt, wird hier bei der Belegung darauf geachtet möglichst Klientel einzuweisen bei dem man davon ausgehen kann, dass sich die Probleme der Personen nicht zu negativ auf die Hausgemeinschaft auswirken.

Zu beobachten war, dass der Anteil an psychischen Auffälligkeiten und Erkrankungen, sowie destruktive Beziehungsmuster mit mangelndem Sozialverhalten auch in diesem Jahr relativhoch war. Von den 83 aufgenommenen Personen zählen ca. 29 Klienten zu diesem Personenkreis. Diese Merkmale treten in unterschiedlicher Ausprägung auf.

2 BewohnerInnen hatten einen gesetzlichen Betreuer.
Diese 2 BewohnerInnen gehörten zum Personenkreis der psychisch auffälligen Klientel.

Familienunterkunft Nieder-Ramstädter-Straße 61 (NRS)

Belegung

Im Jahr 2012 wohnten 57 Erwachsene und 44 Kinder in den Unterkünften. Das waren 19 Familien, 1 Paar und 18 Einzelpersonen.

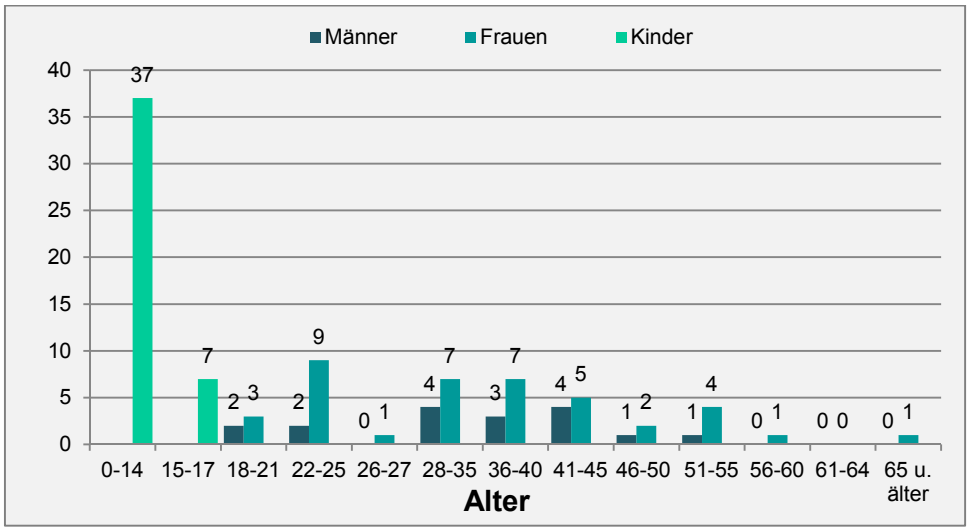
Davon konnten ca. 46 % in eigenen Wohnraum vermittelt werden. Ca. 21 % wechselten in andere Einrichtungen. 7 % verließen die Einrichtung ohne anzugeben wo sie weiterhin leben würden.

Die Verweildauer in der Unterkunft lag zwischen 10 Tagen und 12 Monaten.
Die durchschnittliche Verweildauer betrug 3,6 Monate.

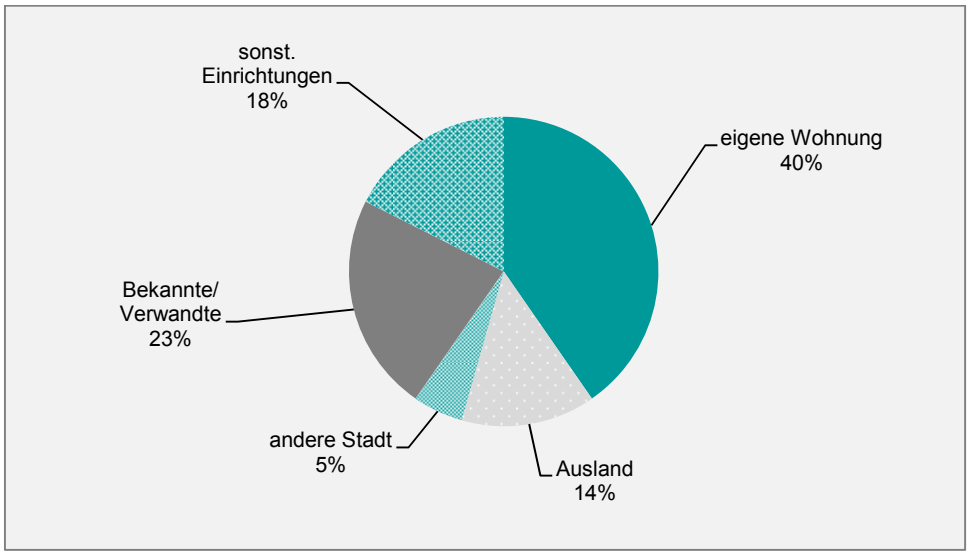
Vor dem Hintergrund des originären Auftrages der Wohnungsvermittlung, gehören nach wie vor auch die Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schuldenregulierung und finanzielle Sicherung zu den Arbeitsschwerpunkten. Neben der kontinuierlichen Begleitung, immer wieder Krisenintervention für die Familien. Erschwerend wirken in alle Arbeitsbereiche die häufig auftretenden Sprachschwierigkeiten. In diesen Fällen, die kontinuierlich zunehmen, kann die Arbeit nur durch hinzuziehen von Übersetzern geleistet werden. Wird kein Übersetzer gefunden dauern Beratungsprozesse und Begleitung bei der Wohnungssuche erheblich länger als bei der übrigen Klientel.
In 2012 wurde deutlich, dass durch die Kinder in der Einrichtung Bedarfe ergeben, die nur durch Unterstützung des Jugendamts befriedigend bearbeitet werden können. Hier war es notwendig in verschiedenen Fällen eine Sozialpädagogische Familienhilfe anzuregen, da der Bedarf über das was in der Unterkunft leistbar ist hinausgeht.

Altersstruktur

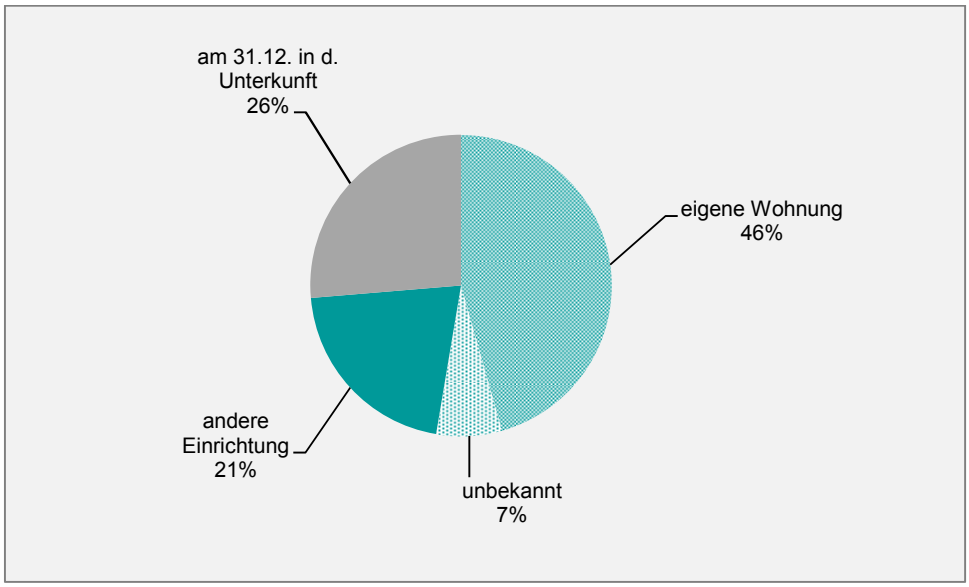
Der jüngste Bewohner wurde geboren, der älteste war 68 Jahre alt:



Herkunft der Familien:



Verbleib nach Auszug:



Staatsangehörigkeit der Familien bzw. Einzelpersonen:

Bosnien	1	Slowakei	15
Bulgarien	4	Somalia	11
Deutschland	33	Spanien	4
Ghana	4	Türkei	11
Großbritannien	1	unbekannt	3
Marokko	5	Italien	6
Portugal	1		
Russland	1		

Betreutes Wohnen (BEWO) nach §§ 67 ff. SGB XII

Die Betreuungszeiträume haben sich auch in diesem Jahr verkürzt. Langzeitbetreuungen von bis zu zwei Jahren sind nach wie vor selten. Brauchte ein Klient über diesen Zeitrahmen hinaus Betreuung konnte dies über die Anbindung an andere Stellen wie: Städtischen Sozialdienst, Sozialpsychiatrischer Dienst, niedergelassene Psychotherapeuten, gesetzliche Betreuungen oder andere Betreuungsformen wie spezielle Angebote für Behinderte, abgedeckt werden.
Bewährt hat sich die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit im Netzwerk des sozialen Hilfesystems in Darmstadt.

Als Übergang aus der Wohnungslosigkeit hin zu zur eigenen Wohnung bieten wir Einzelpersonen die Möglichkeit in vereinseigenen Wohngemeinschaften das eigenständige und eigenverantwortliche Leben außerhalb einer Unterkunft zu erproben.

Zugenommen hat das Klientel, das zusätzlich durch gesetzliche Betreuer unterstützt wird, oder für die gesetzliche Betreuung angeregt werden muss, um dann gemeinsam nach adäquaten Ansprechpartnern zur Weiterbetreuung zu suchen. Dies begründet teilweise die verkürzten Betreuungszeiten.

Nach wie vor benötigen wir Unterstützung durch muttersprachliche Hilfe, da immer mehr Personen aufgenommen werden, die nicht oder kaum deutsch sprechen. Der Bedarf der Personen die zusätzlich Pflegebedarf haben ist gleich geblieben. Hier haben sich die guten Kontakte zu Pflegediensten oder Institutionen, die behinderten- gerecht betreuen bewährt.

Für BewohnerInnen der Unterkünfte, die bereit sind sich auf Betreuung einzulassen ist die Voraussetzung zum Übergang ins Betreute Wohnen ein Wohnungsangebot, bzw. ein Platz in einer Wohngemeinschaft. In der Übergangsphase werden alle Formalitäten geklärt und erste Schritte zur Zukunftsplanung eingeleitet. Die herausgearbeiteten Ziele werden dann im Hilfeplangespräch festgeschrieben.
Diese Gespräche werden mit allen KlientInnen geführt und finden mit dem zuständigen Sachbearbeiter im Amt für Soziales und Prävention statt. Der Hilfeplan wird überprüft und regelmäßig, bedarfsorientiert, fortgeschrieben.
Das Angebot des Betreuten Wohnens nach §§ 67 ff SGB XII ist freiwillig und kann von beiden Seiten jederzeit beendet werden.

Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum:

- Verhandlung mit Vermietern bei Mietschulden, analog mit den Energieversorgern, um die Wohnungen zu sichern
- Zusammenarbeit mit Pflegediensten.
- Wohnungssuche und Wohnungssicherung
- Schuldenregulierung, ein Teil der KlientInnen wurden von uns bzw. durch Schuldnerberatungsstellen betreut
- Krisenintervention bei persönliche Problemen
- Unterstützung in administrativen Angelegenheiten
- Begleitung zu Ämtern und Behörden
- Klärung von Erziehungsfragen und Vermittlung von Sozialpädagogischen Familienhilfen durch das Jugendamt
- Arbeitssuche und Suche nach geeigneten Weiterbildungsstellen.
- Suchtproblematik spielte nur eine geringe Rolle.
- Einrichten gesetzlicher Betreuungen
- Unterstützung bei der Suche nach Sprachkursen
- Zunehmend Hilfe bei ausländerrechtlichen Fragen

Betreuungen:

Im Jahr 2012 wurden 32 KlientInnen betreut, 13 Frauen und 19 Männer.

Darunter waren ein Ehepaar mit vier Kindern und zwei Ehepaare mit jeweils einem Kind, sowie vier alleinerziehenden Mütter, davon eine Frau mit sechs Kindern, eine Frau mit behinderten Zwillingen und zwei Frauen mit jeweils einem Kind.

Die Betreuungszeiträume betrugen 1 bis 11 Monate, die durchschnittliche Betreuungsdauer von 5,6 Monaten verringerte sich zum Vorjahr um 0,3 Monate. Zum Jahreswechsel waren 14 Personen in Betreuung.

Bei 18 Personen endete das betreute Wohnen im Laufe des Jahres.
Gründe dafür:

- 4 durch Horizont / keine Zusammenarbeit
- 14 im Einvernehmen

Altersstruktur:

Alter	Frauen	Männer	Kinder
0-14			9
15-17			2
18 21	2	4	
22-25	2	3	
26-27	0	1	
28-35	3	0	
36-40	1	4	
41-45	1	1	
46-50	1	0	
51-55	1	0	
56-60	1	4	
61-64	1	1	
65 u.älter	0	1	

Nationalitäten:

Deutschland	20
Türkei	2
Slowakei	2
Mosambik	1
Polen	1
Spanien	1
Marokko	1
Mosambik	1
Serbien	1
Jugoslavien	1
Eritrea	1
Russland	1

Bei acht KlientInnen war eine maximale Betreuungszeit von vier Monaten ausreichend, um den Übergang von der Obdachlosigkeit in eigenen Wohnraum zu begleiten.

Für drei psychisch auffällige KlientInnen konnten gesetzliche Betreuungen angeregt werden, um die Maßnahme zu beenden und weitere Anbindung zu sichern.
Um Integration zu ermöglichen mussten 2 Klienten Sprachkurse besuchen, da sie sonst nicht in der Lage gewesen wären sich selbst auf niedrigem Niveau zu verständigen. Hier konnte professionelle Hilfe nur mit Unterstützung von Dolmetschern geleistet werden.
Mit 13 Klienten wurde am Thema Ausbildung und Arbeitssuche gearbeitet. Das Arbeit als ein wichtiges Mittel betrachtet werden sollte, um in der Gesellschaft Fuß zu fassen, muss in einigen Fällen intensiv thematisiert werden, ebenso das Erlernen der deutschen Sprache als Voraussetzung für Integration.
Zwei Klienten nahmen erfolgreich an einer Qualifizierungsmaßnahme teil. In den ersten Arbeitsmarkt gab es vier Vermittlungen.
Um Nachhaltigkeit zu gewährleisten können sich die Klientinnen auch nach Beendigung einer Maßnahme an uns wenden, falls sich erneut Probleme ergeben. In Krisensituationen kann, in Absprache mit dem Amt für Soziales und Prävention, wiederholt eine Betreuung aufgenommen werden, um in neuen Krisen entsprechend entgegenzuwirken. Dies war im Betreuungszeitraum aber nicht notwendig, da die Verselbständigungsphasen dem Bedarf entsprechend gestaltet waren.

Die Bewohner kamen:

aus Unterkunft	23 Personen
von extern	9 Personen

Sozialberatung in Darmstadt
ein Angebot des Horizont e.V. in der Darmstädter Tafel und den Räumen der Beratungsstelle des Vereins

Das niedrigschwellige Angebot, als ergänzende Maßnahme im Hilfesystem Darmstadts wurde im Berichtszeitraum rege angenommen. Von hier aus kann der Sozialdienst in das Netzwerk der Stadt vermitteln und so die konstruktive Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern für die Hilfesuchenden zugänglich machen.

Die Sozialberatung bietet den Ratsuchenden mit unterschiedlichen sozialen Problemlagen, sowie deren Familien, im Sozialraum Beratungs- und Unterstützungsangebote. Dazu gehören die Anwohnerinnen und Anwohner des Viertels, Besucherinnen und Besucher der Darmstädter Tafel.

In der offenen Sprechstunde sollen Darmstädter Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben bei akuten sozialen und sozialrechtlichen Fragen und Problemen möglichst schnell Hilfe zu erlangen. Im Bedarfsfall auch bei Anfragen zur Pflege oder Gesundheit etc.
Folgende Leistungen werden in der Sozialberatung erbracht:

- Wohnortnahe und umfassende Hilfe durch Beratung zu Rechten und Pflichten nach dem Sozialgesetzbuch z.B. SGB X und XII und anderer Leistungen;
- Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen Netzwerkes für die Sozialberatung und Kooperation aller beteiligten Stellen und Fachkräfte;
- Abgestimmte Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Hilfesystem und den Trägern der im Haus ansässigen und umliegenden Einrichtungen
- Vernetzung von Betreuungsangeboten.

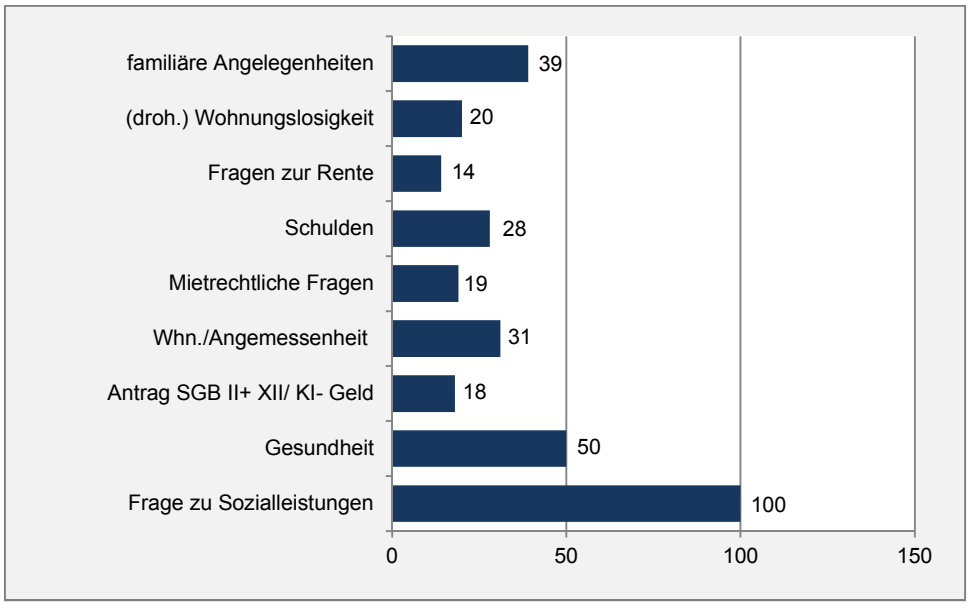
Noch einige statistische Daten:
Von den 278 Kontakten im Jahre 2012 waren 220 deutscher Nationalität, 19 Personen kamen aus angrenzenden EU-Ländern und 39 Personen aus anderen Ländern.
Die Altersstruktur der Ratsuchenden sah folgendermaßen aus:

- im Alter von 18 -35 Jahre waren es 53 Personen
- im Alter von 35 – 60 Jahren kamen 69 Personen
- Die Altersgruppe der über 60 jährigen war mit 156 Personen vertreten

Insgesamt kamen 170 Frauen und 108 Männer.

Die Schwerpunkte in der Beratung lagen in diesem Jahr bei Fragen zu Sozialleistungen und zur Gesundheit.

Beratungsinhalte



Klienten

männlich	108 Personen
weiblich	170 Personen

Staatsangehörigkeit

deutsch	220 Personen
EU	19 Personen
andere	39 Personen

Besuchshäufigkeit

1 - 2x	120
3 - 10x	45
11 - 20x	28
21 x und öfter	20

Art des Einkommens

Sozialvers.pfl. Tätigkeit	5
Rente	134
geringfügige Beschäftigung	8
SGB III	2
SGB II	80
SGB XII	70
sonstiges Einkommen	25
unklar	10

Vermittlung nach

Rechtliche Hilfen	9
Schuldnerberatung	5
In BW nach §67	
Suchtberatung	
Notunterkunft	8
Andere soziale Einrichtungen	13
Zuständige Beratungsstelle	17

Horizont e.V.

www.horizont-dieburg.org

Geschäftsstelle
Groß-Umstädter Str. 16
64807 Dieburg
Tel (0 60 71) 2009-02
Fax (0 60 71) 2009-10
Mail kontakt@horizont-dieburg.org

Sparkasse Dieburg
33 031 550 BLZ 508 526 51

Ambulante Beratungsstelle
Groß-Umstädter Str. 16
64807 Dieburg
Tel (0 60 71) 2009-01
Fax (0 60 71) 2009-20
Mail ambu@horizont-dieburg.org

Notwaende
Übergangswohnheim für Frauen
Spitalstraße 33a
64807 Dieburg
Tel (0 60 71) 61750
Fax (0 60 71) 617517
Mail notwaende@horizont-dieburg.org

Horizont-Haus
Übergangswohnheim für Männer
Pöllnitzstr. 24
64354 Reinheim
Tel (0 61 62) 8 20 34
Fax (0 61 62) 80 86 50
Mail hoha@horizont-dieburg.org

Soziale Hilfen in Darmstadt
Bismarckstraße 100
Feldbergstraße 40
64293 Darmstadt
Tel (0 61 51) 87 29 - 0
Fax (0 61 51) 87 29 - 60
Mail obda@horizont-dieburg.org

Rheinstraße 312
64295 Darmstadt
Tel (0 61 51) 891063
Fax (0 61 51) 2792569
Mail obda@horizont-dieburg.org

Nieder-Ramstädter-Str. 61
64283 Darmstadt
Tel (0 61 51) 4289593
Fax (0 61 51) 2792568
Mail obda@horizont-dieburg.org